



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0039/2015		Datum:	03.09.2015			
Verfasser:	05-FBG-Ratsfraktion	Az:	AT/0003/2015				
Gremienweg:							
17.09.2015	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
Betreff:	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FBG und Bündnis 90/Die Grünen - "Bessere Fuß- und Radwegeverbindungen an der geplanten L 52 Nordentlastung Koblenz-Metternich"						

Beschlussentwurf:

Die Ratsfraktionen beantragen, der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung möge prüfen, ob bei der jetzt vorgestellten Planung zur sogenannten L52 Nordentlastung Koblenz – Metternich (früher Nordtangente) nicht doch bessere Fuß – und Radwegeverbindungen aus dem Ortskern Bubenheim in Richtung Metternich und in das Gewerbegebiet des Bebauungsplanes 228 eingebaut werden können.

Begründung:

Durch das lang ersehnte Bauvorhaben wird der individuelle motorisierte Verkehr mit Sicherheit sehr entlastet.

Die fußläufigen Wege und die Wege für Radfahrer werden jedoch in der Planung, wie am 17.07.2015 in einer öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates Bubenheim vorgestellt, wenig bis gar nicht berücksichtigt.

So wird eine häufig begangene und von Radfahrern benutzte Querung vom Anwendspfad in der jetzt vorliegenden Planung überhaupt nicht berücksichtigt.

Der Stadtteil Bubenheim ist durch die stark befahrene B9 im Nordosten und den dazugehörigen Kreisell, sowie im Nordwesten durch die A 48 und im Westen durch das Gewerbegebiet um Ikea für Radfahrer und Fußgänger sehr stark eingeengt.

Beantragenden Fraktionen sind der Meinung, dass in einer Planung für eine neue Verkehrsführung dringend auch der individuelle Verkehr für Fußgänger und Radfahrer mit berücksichtigt werden muss.

Die Kosten für solche begleitenden Maßnahmen können im Vorfeld wesentlich günstiger gehalten werden, als eine eventuelle Nachbesserung nach Fertigstellung der Nordentlastung.

Für die Radwegeverbindungen überregional ist eine Planung ebenso unumgänglich.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

Für die F/B/G Fraktion

Für das Bündnis 90/Die Grünen